Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Datum: 2015-11-24

Antragsteller: Fraktionen/Stadtvertreter/
Ortsbeiräte
Bearbeiter/in: Mitglied der
Stadtvertretung Anita
Gröger (ASK)
Telefon:

**Antrag
Drucksache Nr.**

00551/2015

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

bezahlbarer Wohnraum in Schwerin durch 25 % Quote für Investoren in der
Landeshauptstadt Schwerin

Beschlussvorschlag

1.
Die Stadtvertretung beschließt, dass die Verwaltung zukünftigen Investoren, die in Schwerin Wohnungen schaffen wollen, nur dann eine Baugenehmigung erteilt, wenn 25 % der zu schaffenden Wohnungen zu sozial verträglichen Mieten angeboten werden.
2.
Nicht an die Regelung gebunden sind Investoren, die weniger als 8 Wohneinheiten anbieten.
3.
Investoren, die einer Quote nicht zustimmen wird die Möglichkeit eingeräumt, vertraglich zu vereinbaren, öffentliche Räume für selbstverwaltete Strukturen (Ortsbeiräte, Vereine, ehrenamtliche Initiativen, Nachbarschaftstreffs) zum Betriebskostenpreis zur Verfügung stellen.

Begründung

Auf der vergangenen Stadtvertreterversammlung beschloss die Stadtvertretung den folgenden Antrag, auf Initiative der SPD, den Ersetzungsantrag der Fraktion die Linke:

„Als kommunales Wohnungsunternehmen hat die WGS eine besondere Verantwortung für die Versorgung der Einwohnerinnen und Einwohner mit bezahlbarem Wohnraum. Um dies auch für die Zukunft zu sichern, ist vom Aufsichtsrat ein Unternehmensentwicklungskonzept zu beschließen, welches verbindliche Aussagen zum Mindestwohnungsbestand der WGS zu enthalten hat.“

Dies ist ein gutes Signal an all jene, die in Schwerin auf der Suche nach günstigen Wohnraum sind. Der WGS soll durch das Unternehmensentwicklungskonzept Handlungsspielraum eröffnet werden. Ein wichtiger und richtiger Schritt in eine gesunde Wohnungsstruktur in Schwerin.

Auch die SPD-Fraktion bekannte sich auf der Sitzung am 16. November zu der Notwendigkeit in Schwerin günstigen Wohnraum bereit zu halten und formulierte dieses auf der vergangenen Stadtvertreterversammlung folgendermaßen:

„Die Stadtvertretung bekennt sich dazu, dass in Schwerin soziale Verantwortung herrscht und Vorsorge Vorrang haben muss...“

Bei Zustimmung dieses Antrages, kann die Landeshauptstadt ihre Möglichkeiten wahrnehmen, künftig nicht nur den kommunalen Wohnraum sozial-ökonomisch mit zu gestalten.

Eine tragfähige Stadt trägt über die reine Daseinsvorsorge hinaus soziale Verantwortung, die nicht nur das Überleben im städtischen Umfeld ermöglicht, sondern ein lebendiges Dasein in der Stadtgesellschaft fördert und unterstützt. Die Instrumente dazu liefert die Kommunalpolitik, welche Angebote des Wohnungsmarktes so zu steuern vermag, dass eine natürliche Vielfalt erhalten bleibt, oder wieder entstehen kann. Diese ist notwendig für eine lebendige Stadtgesellschaft, die nachhaltig Stabilität ermöglicht, womit unverhältnismäßige Sozialausgaben vermieden werden können.

Investoren können mit tatsächlich lebendigen Quartieren werben, ein soziokulturelles Umfeld sorgt für Imagegewinn während der öffentlichen Auftragsvergabe und der Vermarktungsstrategie des Projektes. Städte, die eine Quote bereits eingeführt haben oder planen, sind beispielsweise Düsseldorf, Bielefeld und Hamburg. Die Schweriner Optionsregelung zur Quote, Quartiersräume zur Verfügung zu stellen, wäre ein Pilotprojekt, welches Schwerin als zukunftsweisende Stadt im Bereich Wohnen und Leben im Quartier auszeichnet.

Anlagen:

keine

gez. Anita Gröger
Mitglied der Stadtvertretung (ASK)